

Dieter Boris, Ingo Malcher

---

## Argentinien nach dem Zusammenbruch des neoliberalen Modells

Vor über drei Jahren, im Dezember 2001, spitzte sich in Argentinien ein tiefgreifender Krisenprozess zu, der zugleich zum Ausgangspunkt einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Neuorientierung wurde. Die Sperrung der Bankkonten, stets härtere Austeritätsmaßnahmen der Regierung und Versorgungsengpässe führten am 19. und 20. Dezember zu spontanen Demonstrationen, Besetzungen von öffentlichen Gebäuden, Plünderungen von Supermärkten usw. Im Verlauf der gewaltsamen Auseinandersetzungen verloren über 40 Menschen ihr Leben. Die Regierung De la Rúa dankte fluchtartig ab, nach einigen nur kurze Zeit amtierenden Interimspräsidenten wurde am 1. Januar 2002 Eduardo Duhalde, Senator und früherer peronistischer Gouverneur der Provinz Buenos Aires, vom Kongress mit großer Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Dieser markante Einschnitt in der jüngsten Geschichte Argentiniens ging mit der Verkündung des Staatsbankrotts gegenüber aus- und inländischen Gläubigern einher, die Schulden hatten die – bislang noch nicht erreichte – Dimension von ca. 140 Mrd. US-Dollar erreicht. Gleichzeitig wurde von der engen Bindung des argentinischen Pesos an den US-Dollar abgegangen, dem sogenannten *Currency Board*-Regime, das zehn Jahre zuvor zur Bekämpfung der damaligen Hyperinflation eingeführt worden war. Dieses Regime im Verein mit einer Welle von Privatisierungen, Deregulierungen, Preisliberalisierung und der Öffnung der Ökonomie nach außen waren die Pfeiler des neoliberalen Modells in Argentinien, das bis zu diesem Zeitpunkt von Politikern, Ökonomen und dem IWF als mustergültig angesehen wurde. Demgegenüber konnten die „sozialen Kollateralschäden“ dieser wirtschaftspolitischen Orientierung, der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Armutsquote und der sich verschärfende soziale Polarisierungsprozess bis zum Beginn der Krise noch einigermaßen latent gehalten werden, d.h. es gelang der Regierung, den Medien und den entsprechenden internationalen Propagandaapparaten die vermeintlichen Vorzüge der neoliberalen Neuordnung derart günstig und einseitig darzustellen, dass die damit verbundenen „sozialen Kosten“ in den Hintergrund gedrängt wurden. Die Ende 2001 eklatierende Krise führte zu einem Rückgang des BIP um 11% im darauf folgenden Jahr und ließ die offizielle Armutsquote auf ca. 57% anschwellen; die Arbeitslosigkeit lag bei über 20%. Die Frage, wie es zu einem

derart krassen und sich beschleunigenden Absturz kommen konnte, ist vielfach behandelt worden (Petras/Veltmeyer, 2002; Rock, 2002; Boris, 2002). Hier soll indes thematisiert werden, in welchem Ausmaß eine Korrektur der neoliberalen Grundorientierung inzwischen vorgenommen wurde, welche Spielräume für Alternativen vorhanden waren bzw. genutzt wurden und inwieweit die während der Krise erstarkten, vielfältigen sozialen Bewegungen und politischen Initiativen das Kräfteverhältnis deutlich und dauerhaft zu ihren Gunsten verschieben konnten. Die materielle Rekonstruktion der Gesellschaft geht naturgemäß mit der sozialen und politischen Rekonstitution von Macht- und Herrschaftsverhältnissen einher; interessant ist dabei, inwieweit – auch bei grundsätzlicher Beibehaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung – sich Spielräume für alternative Akzentuierungen realisieren lassen können, die ihrerseits Ausgangspunkte einer weitergehenden politischen Entwicklung sein könnten.

## 1. Die Übergangsregierung Duhalde (Januar 2002 – Mai 2003)

Die ersten Notmaßnahmen der Regierung Duhalde mussten den weiteren Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts und den rapiden Niedergang der Ökonomie bremsen (Godio 2003). Gleichzeitig hatte sie dies durch Vermittlung und partiellen Ausgleich entgegengesetzter Interessen zu bewerkstelligen. Die Interessen ausländischer Gläubiger, Banken und Finanzinstitutionen einerseits und die der inländischen Wirtschaftsakteure (Konsumenten, Arbeitnehmer, einheimische Unternehmer) andererseits; die der Gläubiger und Schuldner, die durch die „Pesifizierung“ (der Umstellung auf Pesos) unterschiedlich betroffen waren. Der Ausgleich zwischen noch arbeitenden Arbeitskräften und arbeitslosen Erwerbspersonen, zwischen kleinen und großen Unternehmen, zwischen zentralen Provinzen und weit entlegenen Landstrichen. Eine zentrale Auseinandersetzungsebene der Regierung bildeten die Verhandlungen mit dem IWF über neue Kredite und fällige Tilgungen. Die meisten Forderungen des IWF, wie z.B. der nach Haushaltsdisziplin und „Erwirtschaftung“ eines primären Überschusses in Höhe von 3,5% des BIP und andere Forderungen wurden im Laufe des Jahres 2002 von der Regierung Duhalde erfüllt, aber in der Frage der völligen Freigabe des Wechselkurses, der Zustimmung zu Preiserhöhungen im Bereich öffentlicher Dienstleistungen unter ausländischer Kapitalkontrolle sowie bezüglich einer raschen und entgegenkommenden Vereinbarung mit den privaten Gläubigern blieb die Regierung Duhalde mehr oder minder hart. Daher kam es erst im Januar 2003 zu einem „vorläufigen Abkommen“ mit dem IWF, das fällige Schuldenzahlungen an multilaterale Banken für acht Monate aufschob. Begünstigt durch diese Regelungen und infolge der hohen Abwertung (um ca. 70%) begann sich in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 die Ökonomie zu erholen. Die nicht ausgelasteten Kapazitäten, die anspringende Nachfrage nach Gütern des täglichen

Bedarfs, die Behinderung von Importen durch das entsprechend der Abwertung gestiegene Preisniveau ausländischer Produkte und die Dynamik der argentinischen Exporte führten zu einer leichten Erholung am Ende des Jahres. Die von einigen Ökonomen befürchtete Inflation blieb aus, und es konnten am Ende des Jahres wieder leichte Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse erzielt werden. Die Regierung erleichterte im Maße der Normalisierung der Wirtschaft und ihrer Wiederbelebung sukzessive die Möglichkeit der Geldanlage und das Abheben von Geldbeträgen soweit, dass der Zugang zu den Banken bereits Anfang 2003 ohne Restriktionen möglich war.

Die wichtigste Aktivität der Regierung Duhalde bezog sich auf direkte und indirekte sozialpolitische Maßnahmen, um die sozialen Folgen der großen Krise zu lindern. Neben der asymmetrischen „Pesifizierung“, die neben den in Dollar verschuldeten „grupos económicos“ auch Teilen der verschuldeten Mittelschichten eine gewisse Erleichterung verschaffte, waren es vor allem Programme für über zwei Millionen Haushalte von Arbeitslosen, die monatlich ca. 150 Pesos (etwa 40 Euro) zum Überleben erhielten. Nicht weniger wichtig war das Einfrieren der Tarife für Basisdienstleistungen und öffentliche Güter (Wasser, Elektrizität, Gas, Telefongebühren, Metro-, Bus- und Eisenbahnfahrten etc.), die die Lage der Unter- und Mittelschichten auf besondere Weise berühren. Zugleich ließ diese Maßnahme die gewohnten Gewinne der entsprechenden nationalen und vor allem transnationalen Unternehmen in diesem Bereich nicht mehr so zu wie früher, was regelmäßig zu Konflikten mit deren politischen Repräsentanten sowie dem IWF führte.

Eine weitere Front der Auseinandersetzung der Regierung bildeten die Vertreter der sogenannten Dritten Gewalt, die mehrheitlich noch von Präsident Menem besetzten Gerichte und vor allem das Oberste Gericht, welches sein schlechtes Image in der Bevölkerung dadurch aufhellen wollte, dass es verschiedene Maßnahmen der vorherigen Regierung juristisch anfocht und z.B. eine schnellere Aufhebung des beschränkten Zugangs zu den Banken als juristisch und verfassungsmäßig geboten bezeichnete; auch sollten die Maßnahmen der vorangegangenen Regierung De la Rúa bezüglich der 13%igen Kürzung von Gehältern der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der Pensionen für verfassungswidrig erklärt und rückgängig gemacht werden.

Die Regierung Duhalde war mit starken sozialen Bewegungen auf verschiedenen Schauplätzen konfrontiert: Gewerkschaften, Arbeitslosenbewegung (*Piqueteros*), Stadtteilversammlungen (*asambleas barriales*), Müllsammler (*cartoneros*) etc.; die Ordnungskräfte hielten sich in den ersten Monaten nach der *rebelión popular* zurück; erst allmählich wuchsen sie wieder in ihre alte Rolle hinein. Die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung Duhalde und die allmähliche Normalisierung führten in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 zu einem Rückgang des Mobilisierungsgrades vieler Bewegungen. Die Orientierung auf Neuwahlen im April 2003 und die sowohl innerhalb der Peronisten

wie der „Radikalen Partei“ tobenden Kämpfe um die Kandidatenauswahl haben – zumindest indirekt – dazu beigetragen.

## 2. Der Neubeginn mit der Regierung Kirchner (Mai 2003 – Januar 2005)

Mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Néstor Kirchner Ende Mai 2003 begann die nächste Phase der Re-Stabilisierung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft Argentiniens. In den Wahlen war Kirchner – als von Duhalde begünstigter Kandidat – zunächst mit 22,4% auf Platz 2 gegenüber dem ehemaligen Präsidenten Carlos Menem mit 24,5% gekommen. Als letzterer einsah, dass es in der Stichwahl zu einem überwältigenden Sieg Kirchners kommen würde, stieg er unmittelbar vor der zweiten Wahl aus dem Rennen aus, auch um damit Kirchners Legitimität als zweifelhaft erscheinen zu lassen. Die Wahlen waren ansonsten in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: zum einen zeigte die hohe Wahlbeteiligung von fast 80%, dass der Normalisierungsprozess – auf politischer Ebene – relativ schnell vonstatten gegangen war. Auch wurde deutlich, dass die Interpretation einiger Beobachter, wonach die Losung „*que se vayan todos*“ („alle – Politiker – sollen abhauen“) vom Dezember 2001 ein definitives Ende des politischen und des Parteiensystems bedeute, voreilig und falsch gewesen ist. Zum zweiten zeigte sich die keineswegs verschwundene Kontinuitätslinie darin, dass klar neoliberal orientierte Kandidaten (Carlos Menem und López Murphy) zusammen über 40% der Stimmen erhielten. Von einem völligen und/oder definitiven Zusammenbruch neoliberaler Hegemonie in Argentinien zu sprechen, scheint übertrieben zu sein, da es sich um eine Krise dieses Modells – mit ungewissem Ausgang – handelt.

Kirchner verstand es schnell aus dem Schatten Duhaldes herauszutreten, und seine Popularitätswerte stiegen in wenigen Wochen und Monaten auf über 70% an. Die Entfernung von über zwei Dutzend führenden Offizieren, die durch Menschenrechtsverletzungen während der Diktaturperiode kompromittiert waren, aus dem aktiven Dienst, die Säuberungen in der Spitze der Bundespolizei und entsprechende Interventionen in als besonders korrupt geltende öffentliche Institutionen (wie z.B. der Sozialversicherungsanstalt) waren Aktionen, die ähnlich wie das Treffen mit Vertretern der Menschenrechtsbewegung, den „Müttern der Plaza de Mayo“ und mit *Piquetero*-Führern dazu beitrugen, eine soziale Basis und eine neue Legitimität zu begründen. Auch gehörte es zum neuen Kurs, der in Argentinien bald respektvoll-bewundernd als „*estilo*“ oder „*efecto K*“ bezeichnet wurde, eine Neuorientierung in der Außenpolitik und eine härtere Haltung gegenüber den Forderungen des IWF zu entwickeln. Wesentliches Ziel von Kirchner ist es, einen „normalen und seriösen Kapitalismus“ mit sozialstaatlichen Elementen einzuführen, die Schuldendienstzahlungen im Wesentlichen auf die Forderungen der multilateralen Finanzinstitutionen zu beschränken und die sozialen Spannungen durch An-

kurbelung der Wirtschaft und Umverteilungspolitiken zu verringern. Ein weiterer „Dezember 2001“ soll um jeden Preis verhindert werden und die Forderungen der Unterprivilegierten und der negativ betroffenen Mittelschichten sollen mit den Funktionsmechanismen eines revitalisierten, produktiven und stärker auf den Binnenmarkt orientierten Kapitalismus versöhnt werden. Dass dies nicht auf die nationale Ebene beschränkt bleiben könne, sondern der Absicherung durch eine entsprechende Weiterentwicklung des Mercosur (s.u.) und der Außenpolitik generell bedürfe, war von vornherein wesentliches Element der neuen Politik von Kirchner. Damit versuchte er bestimmte Postulate der linksperonistischen Bewegung (der er als junger Mann angehört hatte) mit einer stärkeren Betonung der Menschenrechte und der rechtsstaatlichen Prinzipien<sup>1</sup>, die dem peronistischen Denken traditionellerweise relativ fern stehen, zu vereinen. Insofern bildete er eine Kombination von politischen Elementen, die in dieser Form und aus dieser Situation heraus als überraschende Innovation galt. Nicht zuletzt diesem in vielen Bevölkerungskreisen vermittelten Eindruck ist es geschuldet gewesen, dass ansatzweise eine Re-Legitimierung des politischen Systems sich vor allem mit Beginn der Kirchner-Periode anbahnte. Dennoch kann die Regierung Kirchner nicht als stabil und konsolidiert angesehen werden. Trotz der hohen Zustimmungswerte verfügt der Präsident über keine eigene, soziale Basis, noch weniger in institutionalisierter Form, und er steht unter vielfachem Druck.<sup>2</sup> - Innerhalb der Peronistischen Partei (*Partido Justicialista*, PJ), die versucht ihre innere Einheit wiederzugewinnen, kann er sich nur auf eine kleine Minderheit von Abgeordneten wirklich verlassen; Gesetzesprojekte oder sonstige Vorhaben bedürfen der Verhandlung oder Abstimmung mit anderen peronistischen Fraktionen (Duhaldisten, Menemisten, unabhängige Peronisten etc.). Die traditionelle Rechte, ebenso wie das in Deklung gegangene neoliberale Establishment (Teile der Unternehmer, der Militärs, der Kirche und der Intellektuellen) verfolgen den Kurs Kirchners mit großer Sorge; noch beschränken sie sich auf selektive Kritik und Kampagnen und verzichten vorerst auf eine Offensive auf breiter Front (was taktisch unklug wäre), aber eine Sammlung und Bündelung dieser Opposition ist durchaus im Gange. Schließlich sind Teile der Linken ebenso auf Anti-Kirchner-Kurs, da sie ei-

---

1 Auf einzelne Aspekte der Kirchnerschen Menschenrechtspolitik (z.B. die Annullierung der die Militärs vor weiterer Strafverfolgung schützenden Gesetze - *Punto Final* und *Obediencia Debida* - aus der Amtszeit von Präsident Alfonsín, was eine Anklage und Verurteilung von eventuell - auf jener Basis - freigesprochenen Militärs ermöglicht) sowie auf Ansätze politischer Reformen (z.B. neuer transparenter, demokratischer Mechanismus zur Bestellung der obersten Richter) konnte in unserem gerafften Überblick nicht eingegangen werden, siehe hierzu: Huhn (2004: 129-141).

2 Wenn man das Regime Kirchner klassifizieren müsste, könnte man es als eine Art „linkspopulistischen Bonapartismus“ mit diffuser Massenunterstützung, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speist, bezeichnen. Carlos Widmann nannte Kirchner kürzlich „einen populistischen Präsidenten ohne Hausmacht“ (SZ v. 27./28. Nov. 2004), was unserer Charakterisierung nahe kommt.

ne Wiederherstellung der alten Machtverhältnisse und eine Schwächung ihrer sozialen Basis befürchten. Es ist daher nicht erstaunlich, dass Kirchner versucht, im nicht-peronistischen und gemäßigt linken Lager eine dauerhafte politische Unterstützung zu finden. Im September/Oktober 2004 bildete sich eine „Nationale und Populare Front“ (FNP), die sich als „transversale Bewegung“ bezeichnet und sich als Stütze der Regierung Kirchners versteht. Ihr gehören kleinere linke Parteien, Menschenrechtsorganisationen und „gemäßigte“ *Piquetero*-Organisationen an.

### 3. Außenbeziehungen

Auf dem Gebiet der Außenpolitik stellen sich der argentinischen Regierung vor allem zwei Herausforderungen. Zum einen die Verhandlungen über den vor drei Jahren eingestellten Schuldendienst und zum anderen die Vertiefung der Beziehungen mit den Nachbarländern im Rahmen des Freihandelsblocks Mercosur.<sup>3</sup> Bei den Verhandlungen über die Bezahlung der Auslandsschulden hat die Regierung Kirchner zum einen die Gläubiger zum Gegner, aber auch der Internationale Währungsfonds (IWF) schaltet sich regelmäßig ein und versucht Druck auf Argentinien auszuüben, ein „ausgeglichenes Angebot“ vorzulegen. Vorteilhafter gestalten sich die Beziehungen mit den Nachbarländern im Rahmen des Mercosur. Hier ist eine politische Ähnlichkeit zwischen den meisten Regierungen auf dem Kontinent festzustellen, die sich in der kritischen Haltung gegenüber der von den USA betriebenen panamerikanischen Freihandelszone (FTAA) manifestiert. Der Widerstand gegen dieses Projekt wird von Argentinien, Brasilien und Venezuela getragen und ist gleichzeitig der kleinste gemeinsame Nenner in den Beziehungen der drei Länder untereinander. Während man auf dem Gebiet der Schuldenverhandlungen konstatieren kann, dass die Zwangsstrukturen der neoliberalen Hegemonie weiter existieren und auf Argentinien wirken, so kann vor allem bei dem Prozess der Vertiefung des Mercosur festgestellt werden, dass zumindest der Versuch unternommen wird ein alternatives Projekt aufzubauen, dessen endgültiger Charakter noch nicht zu bestimmen ist und wesentlich auch vom Ausgang der Verhandlungen über die Schulden abhängt (Malcher 2004). Es wird sich genau an diesem Punkt zeigen, wie viel politischer und ökonomischer Spielraum Schwellenländern seitens der kapitalistischen Zentren zugestanden wird.

#### 3.1 IWF und Schuldverhandlungen

Als die argentinische Regierung zum Jahreswechsel 2001/2002 den Schuldendienst gegenüber privaten Anleihegläubigern einstellen musste, war dies der

---

3  *Mercado Común del Sur* (Gemeinsamer Markt des Südens). Zum Mercosur haben sich 1991 Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay zusammengeschlossen. Inzwischen sind Chile, Bolivien und Peru assoziierte Mitglieder, Venezuela hat einen Aufnahmeantrag gestellt.

vom Volumen her größte Zahlungsausfall in der Geschichte der *emerging markets*. Erst drei Jahre später stellte Argentinien die Aufnahme des Schuldendienstes wieder in Aussicht, jedoch mit einem beachtlichen Abschlag auf die Nominalschuld. Vor allem Gläubiger aus Europa und Japan haben sich formiert, um für bessere Bedingungen zu streiten. Der Ausgang dieses Konflikts über die Höhe des künftig zu leistenden Schuldendienstes wird erhebliche Auswirkungen auf die Regierung Kirchner haben. Bei den Umschuldungsverhandlungen geht es darum, wie viel finanzieller Spielraum Kirchner bleibt, um Soziale Projekte, Infrastrukturinvestitionen und die Ausdehnung des staatlichen Sektors zu finanzieren. Letztlich bestimmt die Höhe der zu zahlenden Schulden den Handlungsspielraum der derzeitigen und künftiger Regierungen Argentiniens. Aber nicht nur für Argentinien hat das Ergebnis dieser Verhandlungen Folgen. Künftig werden die Bedingungen, die Argentinien für die Wiederaufnahme der Schuldenzahlungen mit seinen Gläubigern durchsetzt, wegweisend für andere Länder sein, die in Zahlungskrisen stecken. So könnte es sich für Brasilien oder Uruguay durchaus lohnen, durch Erklärung ihrer Zahlungsunfähigkeit in einem Krisenmoment, ihre Schuldenlast zu verringern und sich dem Druck der Schulden zu entziehen, um einen Neustart zu wagen.

Der argentinische Zahlungsausfall ist ein Novum in der Geschichte der internationalen Finanzmärkte. Für die Besitzer von Argentinien-Anleihen stellt sich das Problem, dass es kein internationales Konkursrecht für Staaten gibt und dass ein Staat – anders als eine Firma – nicht, oder nur sehr unzureichend, zu pfänden ist. Damit fehlt es an Regelungen wie in einem solchen Fall, mit einem solchen Staat zu verfahren ist. Einziges Druckmittel hierbei ist der IWF, als Disziplinarinstrument.<sup>4</sup> Im Falle Argentiniens setzt sich der IWF deutlich für die Interessen der privaten Anleihegläubiger ein und nutzt die zu unterzeichnenden IWF-Abkommen als Druckmittel zur Durchsetzung von besseren Bedingungen für die Gläubiger. Der IWF wird so zum Anwalt der Gläubiger und stuft damit die Sicherung privater Gewinne von Finanzmarktakteuren höher ein als das Interesse eines Staates, seine staatlichen Funktionen (Sozialpolitik, Konjunkturprogramme, staatliche Kreditlinien) zu garantieren. Der IWF nimmt damit die Rolle einer internationalen Exekutivstelle ein, welche die Sicherung von Profiten im internationalen Finanzsystem gewährleistet. Er stellt damit weiterhin einen der Grundpfeiler der globalen neoliberalen Hegemonie dar.

In dieser Rolle kritisierte der IWF mehrfach den argentinischen Vorschlag zur Wiederaufnahme der Zahlungen als nicht ausreichend.<sup>5</sup> Ende 2003 präsentierte

---

4 Die stellvertretende IWF-Chefin Anne Krueger hat bereits kurz nach Argentiniens Zahlungsausfall eine Diskussion über die Etablierung suprastaatlicher Regelungen für Staatsbankrotte in Gang gebracht.

5 Um sich dem Druck des IWF zu entziehen, plant Argentinien dessen Kredite in Höhe von 15 Milliarden Dollar bis 2009 zurückzuzahlen. Dies hätte für das Land den Vorteil, keine IWF-Abkommen mehr unterzeichnen zu müssen, und der IWF hätte kein Druckmittel mehr

Argentinien am Rande der IWF-Tagung in Dubai den privaten Anleihegläubigern sein Angebot, den Schuldendienst wiederaufzunehmen. Kern des Vorschlags war ein Abschlag von zirka 75 Prozent auf die Nominalschuld. Seitens der Argentinien-Gläubiger hagelte es Kritik an dem Vorschlag. Argentinien verfüge über genügend Reserven, ein großzügigeres Angebot zu unterbreiten, hieß es. Argentinien, so die erzürnten Anleger, verhandle nicht mit den Gläubigern, es versuche die Bedingungen für die Umschuldung zu diktieren. Seitens des IWF wurde immer wieder davor gewarnt, dass Argentinien nicht nur IWF-Unterstützung verlieren könnte, wenn das Land nicht auf die Gläubiger eingehe, sondern auch, dass in einem solchen Falle ausländische Direktinvestitionen ausbleiben würden, weil der rechtsstaatliche Rahmen und das Recht auf Privateigentum in Argentinien nicht gewährleistet seien.

Dem externen Druck seitens der Gläubiger und des IWF hat die Regierung von Néstor Kirchner bislang standgehalten und ihr Angebot nur unwesentlich verbessert. Im Januar 2005 präsentierte die Regierung ihr endgültiges Angebot. Demnach will Argentinien einen Abschlag von etwa 70 Prozent auf die Nominalschuld in Höhe von 81,8 Milliarden US-Dollar erzielen. Die Frage ist, wie sich der IWF und die Akteure an den Finanzmärkten verhalten, wenn der von Argentinien angebotene Schuldentausch nur eine geringe Akzeptanz seitens der Gläubiger findet. Für die Finanzmärkte und den IWF ist ein solches Szenario unbekanntes Gebiet. Zu erwarten ist, dass der IWF den Druck auf Argentinien erhöht, um ein besseres Angebot zu erzwingen. Bei den Verhandlungen mit den Gläubigern kritisierte Kirchner regelmäßig die Rolle des IWF bei der Verschuldung Argentiniens. Direkt machte er die Washingtoner Finanzinstitute für die Krise des Landes mitverantwortlich. Bei den Verhandlungen argumentierte Kirchner, die Schulden dürften nicht um den Preis der Verarmung der Argentinier bezahlt werden. Im übrigen hätten die Anleger gewusst, dass sie mit ihren Investitionen in argentinische Staatstitel „ins Casino gehen“. In der Tat waren gerade in den Monaten vor dem Zahlungsausfall die Risikozuschläge für argentinische Staatsanleihen auf astronomische Höhen geklettert. Um seinen finanziellen Spielraum nicht noch stärker einzuschränken, will Kirchner nicht mehr als drei Prozent primären Haushaltsüberschuss für den Schuldendienst abzweigen. Dies erscheint derzeit als realistisch, da hohe Rohstoffpreise und niedrigere, durch die Währungsabwertung gesunkene Produktionskosten in Argentinien für einen wirtschaftlichen Aufschwung sorgen. Jedoch ist fraglich, ob diese Zielgröße bei veränderten Weltmarktbedingungen haltbar bleibt.<sup>6</sup>

---

in der Hand (FAZ 15.12.2004, S. 13).

6 Zur Schuldenpolitik von Kirchner und Wirtschaftsminister Lavagna äußern sich linke Ökonomen kritisch: „After the events of December 2001, officials don’t dare to declare openly that the debt will be paid with ‘the hunger of the population’, but silently they impose massive sacrifices. ... While 3 percent of the GDP is a substantial amount sufficient to restore



Während sich die Regierung Kirchner gegenüber den ausländischen Gläubigern kaum zu bewegen scheint, hat sie versucht, sich mit den inländischen Gläubigern zu einigen. Schon im September 2004 sicherte sich Argentinien die Unterstützung der argentinischen privaten Rentenkassen für den Schuldentausch. Die Regierung vereinbarte mit den Versicherern einen Abschlag von 30% für deren Anlagen, um die Ersparnisse der künftigen Rentner nicht zu schmälern. Die argentinischen privaten Rentenkassen halten den größten Teil der Anleiheschulden des Landes. Durch die Einigung mit ihnen sicherte sich die Regierung bereits die Zustimmung von 17% der Anleger zu ihrem Umschuldungsangebot. Bei der internationalen Diskussion über die Umschuldung Argentiniens wird seitens der ausländischen Gläubiger oftmals unterschlagen, dass der größte Teil der argentinischen Schulden im Inland gehalten wird. Argentinische Anleger besitzen 38,4% der seit 2001 nicht mehr bedienten Papiere, was vor allem argentinische Banken, Rentenkassen und Versicherungen in ihre bis heute nicht überwundene Dauerkrise befördert hat.

Tabelle 1: *Herkunft der Gläubiger Argentiniens in Prozent*

Argentinien (Private Rentenkassen machen allein 17% der Gesamtgläubiger aus)	38,4
Italien	15,6
Schweiz	10,3
USA	9,1
Deutschland	5,1
Japan	3,1
Großbritannien	1,1
Niederlande	1,0
Luxemburg	0,8
Andere Länder	2,5
Nicht identifiziert	12,8

Quelle: Secretaría de Finanzas (2003: 23)

Durch die harte Haltung Kirchners gegenüber den Gläubigern gelang es der Regierung, in den Jahren nach dem Zusammenbruch Haushaltsüberschüsse zu generieren und dennoch in geringem Umfang soziale Projekte und Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren. Seitens der internationalen Finanzmärkte ist zu konstatieren, dass ihnen gegenwärtig ein Druckmittel fehlt, Argentinien zu härteren Bedingungen zu zwingen. Dies gilt aber nur so lange, wie Argentinien

---

popular incomes and employment, and to cover basic social needs, the surplus is considered small and uncertain to those who appropriate it. The explicit misery advocated by the orthodox neoliberal economists and the hidden one promoted by the heterodox are two variants of antipopular policy. The real alternative is to use the entire fiscal surplus for the urgent needs of the population.“ (*Economistas de Izquierda* 2004: 17)

Haushaltsüberschüsse und Zahlungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet und damit derzeit auf externe Finanzierung nicht angewiesen ist. Im gegenteiligen Fall greifen die Zwangsmechanismen der neoliberalen Hegemonie wieder. Jedoch ist festzustellen, dass durch eine verstärkte Süd-Süd-Integration Argentinien im Bund mit Brasilien und Venezuela versucht, sich von diesen Zwängen stärker zu befreien.

### 3.2 Mercosur

Seit dem Zahlungsausfall 2001/2002 ist eine Wiederbelebung des Freihandelsblocks Mercosur festzustellen. Der Mercosur ist nach der NAFTA, der EU und Japan die viertgrößte Wirtschaftszone der Welt. Argentinien setzt gemeinsam mit Brasilien und Venezuela verstärkt auf regionale Integration. Die wirtschaftliche Integration wurde erleichtert durch die Aufgabe der Peso-Dollar-Parität in Argentinien Anfang 2002. Dies führte nicht nur zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Exporte im Welthandel und im regionalen Handel, sondern ermöglichte auch eine stärkere makroökonomische Koordination zwischen Argentinien und Brasilien. Politisch sind nach der Jahrtausendwende mit der Wahl von Néstor Kirchner in Argentinien und Lula da Silva in Brasilien beide Länder auf einem ähnlichen Kurs<sup>7</sup>. Hinzu kommt, dass auch in Venezuela und Uruguay linke Regierungen an der Macht sind. Somit lässt sich in Lateinamerika nach der Jahrtausendwende ein Linksrutsch konstatieren, der als Ausdruck der Krise der neoliberalen Hegemonie zu betrachten ist und neue Integrationsansätze auf dem Kontinent hervorbrachte.

Kleinster gemeinsamer Nenner der neuen Integrationsbemühungen ist die Opposition gegen das von den USA betriebene Projekt einer panamerikanischen Freihandelszone (FTAA). Getragen wird die Opposition dagegen vor allem von Argentinien und Brasilien. In beiden Ländern ist eine Abkehr von der bisherigen außenpolitischen Orientierung auszumachen. In Brasilien war während der 1990er-Jahre das Modell der „pragmatischen Unterordnung“ (Schirm 1994: 227) unter die Interessen der USA vorherrschend, in Argentinien hingegen der „periphere Realismus“ (Escudé 1995), demzufolge ein Land wie Argentinien überhaupt keine eigene Außenpolitik betreiben könne und sich daher besser einem starken Staat wie den USA anschließen sollte. Seit der Eskalation der Argentinienkrise 2001/2002 setzen Argentinien und Brasilien auf eine Vertiefung des Mercosur und der Süd-Süd-Zusammenarbeit. In diesem Rahmen waren sie auch am Scheitern der WTO Konferenz im Oktober 2003 beteiligt. Die Vertiefung des Mercosur geht einher mit einer neuen Außenhandelspolitik, die von Entwicklungszielen geleitet ist und dem Modell der 1990er Jahre (Privatisierung, Deregulierung und Weltmarktöffnung etc.) mit Distanz gegenübersteht.

---

7 Dies schlug sich in der seither verkündeten „strategischen Allianz“ zwischen beiden Ländern sowie dem „Konsens von Buenos Aires“ nieder (siehe: Schmalz 2004: 27f).

Zu diesem Zweck war es nötig, den Mercosur auch institutionell zu stärken. Auf dem 25. Mercosur-Gipfel am 16. Dezember 2003 in der uruguayischen Hauptstadt Montevideo verordnete sich der Freihandelsblock einen Integrations-schub. Zum ersten Mal in seiner Geschichte bekam dort der Mercosur einen politischen Repräsentanten. Der ehemalige argentinische Präsident Duhalde wurde von den Mercosur-Mitgliedern zum Präsidenten der ebenfalls neu geschaffenen Mercosur-Kommission ernannt. Die Kommission ist jetzt neben dem Sekretariat das zweite ständige Organ des Mercosur. Neben der Kommission wurde Ende 2003 auch der Weg für die Einrichtung eines ständigen Mercosur-Revisionsgerichts frei, was das dritte ständige Organ des Mercosur darstellen würde. Zusätzlich wurde das Mercosur-Verwaltungssekretariat mit Sitz in Montevideo umbenannt in „technisches Sekretariat“, wobei es sich um mehr als nur eine Namensänderung handelt. Künftig wird das Sekretariat die Regierungen der Mitgliedsländer bei Fragen der Integration beraten (Woischnik 2004). In seinen Außenbeziehungen hat der Mercosur seine Haltung bekräftigt, mit der EU oder mit den USA im Rahmen der Verhandlungen über eine panamerikanische Freihandelszone die Gespräche nur als geschlossener Block zu führen und nicht in bilaterale Verhandlungen zu treten. Auch haben Kirchner und Lula vor, den Mercosur um andere südamerikanische Länder zu erweitern. Inzwischen ist dem Mercosur auch Peru als assoziiertes Mitglied beigetreten und Venezuela hat einen Aufnahmeantrag gestellt.<sup>8</sup>

Derweil liegen die Verhandlungen um die panamerikanische Freihandelszone und um eine Freihandelszone zwischen der EU und dem Mercosur auf Eis. In beiden Fällen ist es die Agrarpolitik der EU und der USA, die bei den Mercosur-Ländern auf harte Kritik stößt. Diese sind nicht dazu bereit, ihre Märkte für Waren und Dienstleistungen aus den USA oder der EU zu öffnen, solange diese ihrerseits an ihrer Politik der Agrarsubventionen festhalten. Gerade im Agrarbereich könnten die Mercosur-Länder mit den USA oder der EU konkurrieren und neue Absatzmärkte finden. Im Rahmen eines Freihandelsabkommens jedoch droht als zusätzliche Gefahr, dass Mercosur-Produzenten auf ihren heimischen Märkten Anteile verlieren, da sie bei einer Marktöffnung mit hochsubventionierten EU- oder US-Agrarprodukten auch in ihren eigenen Ländern konkurrieren müssten. Seitens der USA wird vor allem Brasilien für den Stillstand des FTAA-Projekts verantwortlich gemacht, es ist bislang unklar, wie die Verhandlungen weiterlaufen könnten, sicher scheint nur, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden kann. Auch bei den Verhand-

---

8 Auch außerhalb des Mercosur wird der Versuch unternommen, die Integration auf dem südamerikanischen Subkontinent zu fördern. So trafen sich Anfang Dezember 2004 auf Initiative Brasiliens und Venezuelas fast alle südamerikanischen Präsidenten in dem peruanischen Andendorf Pampa de Quinia, um die „Union Südamerikanischer Staaten“ zu gründen. „Unser Modell ist die Europäische Union“, sagt der Präsident des Mercosur, Eduardo Duhalde im Vorfeld des Gipfels.

lungen zwischen der EU und dem Mercosur ist ein Stillstand zu konstatieren. Ursprünglich sollte eine EU-Mercosur-Freihandelsabkommen am 31. Oktober 2004 unterzeichnet werden, der Termin verstrich trotz enormer diplomatischer Anstrengungen. Nach der EU-Osterweiterung erscheint es jedoch als noch unwahrscheinlicher, dass die EU dazu bereit ist, sich in der Agrarpolitik flexibler zu zeigen.

Hier ist ein deutlicher Bruch festzustellen gegenüber den Integrationsstrategien der Länder Südamerikas, wie sie noch in den 1990er Jahren vorherrschend waren. Damals galt die Angliederung an die USA und die EU noch als Garant für wirtschaftliche Entwicklung. Alternativ setzt der Mercosur auf Süd-Süd-Bündnisse. So wurden Ende 2004 Investitionsabkommen mit China unterzeichnet, auch zu Südafrika und Indien wurden die Kontakte intensiviert.

#### 4. Soziale Bewegungen

Angesichts der sozialen Situation muss es zunächst verwundern, dass die auf dem Höhepunkt der Krise zahlreichen und starken sozialen Bewegungen heute politisch wesentlich weniger einflussreich sind. Dies gilt insbesondere für die *Piquetero*-Bewegung, die gegenwärtig schwächer und fragmentierter erscheint als je zuvor. Dies hat verschiedene Gründe, wobei die ökonomische Erholung und die Aussicht auf „Normalisierung“ sicherlich zu den wichtigsten zählen: bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung gelten Straßensperren seit mindestens einem Jahr als ökonomisch schädlich und überholt. Die Solidarität mit den Arbeitslosen, vor allem von Seiten der urbanen Mittelschichten, hat sich mittlerweile fast ins Gegenteil verkehrt. Hinzu kommt, dass Kirchner die *Piquetero*-Bewegung durch Differenzierung zwischen „guten“ und „schädlichen“ *Piqueteros*, legitimem und illegitem Protest noch mehr spalten und den gemäßigten, quantitativ größten Teil der *Piquetero*-Bewegung sogar als unterstützende soziale Kraft der Kirchner-Regierung präsentieren konnte. Die Unterschätzung der Schwerkraft der politischen Kultur des Landes, vor allem bei den subordinierten Klassen und ihrer Affinität zum Peronismus, d.h. zu klientelistischen, korporativistischen Einbindungstendenzen muss als wesentlicher Fehler auf Seiten der Linken verbucht werden. Die Fehleinschätzung der Krise als „revolutionäre“ oder zumindest „vorrevolutionäre“, die schwärmerische Glorifizierung des auf die Politiker bezogenen Slogans „*que se vayan todos*“<sup>9</sup> und die Verbreitung von triumphalistischen Parolen anstatt an der

---

9 In Deutschland erfreut sich dieser scheinradikale, letztlich aber naive und moralisierende Slogan bei einem Teil der internationalistisch orientierten Beobachter immer noch großer Beliebtheit, obwohl diese zunächst sympathisch wirkende, aber im Kern unpolitische und kurzfristige Parole auf mittlere Sicht demobilisierende Wirkungen entfaltet hat (vgl. U. Brand: Alle sollen gehen!, in: FR v. 24./25. Dez. 2004). Auch identifizieren nicht wenige deutsche AutorInnen die sozialen Bewegungen Argentiniens bzw. die *Piquetero*-Bewegung insgesamt mit einem sehr kleinen Ausschnitt daraus, nämlich der lokalen Arbeitslosenbewe-

Vertiefung und der Verbreiterung des politischen Bewusstseins zu arbeiten – alle diese politischen Defizite haben zweifellos zu den aktuellen Schwächen der *Piquetero*-Bewegung bzw. auch der meisten anderen sozialen Bewegungen, wie z.B. der Stadtteilversammlungsbewegung beigetragen.

Es scheint, als ob die Bewegung, die aus der Übernahme und Besetzung bankrotter Betriebe hervorgegangen ist, bis heute vergleichsweise erfolgreich gewesen sei. Hierbei handelt es sich um ca. 150, auf das gesamte Territorium verstreute, aus verschiedenen Branchen kommende, unterschiedlich große und mit differierenden politischen Traditionen verbundene Betriebe, die ca. 10.000 bis 12.000 Arbeiter umfassen und die sich neuerdings zu einem Nukleus einer neuen „solidarischen Ökonomie“ zusammengeschlossen haben. Die Organisationen der Bewegung gewähren den Arbeitern juristische, technische und politische Beratung, sammeln die unterschiedlichen Erfahrungen, geben sie weiter und regen den gemeinsamen Lernprozess in dieser neuen Art von Wirtschaft an. Der Kampf der Bewegung besetzter Betriebe ist für die unmittelbar Betroffenen in erster Linie ein ökonomischer Überlebenskampf, im weiteren Sinne aber auch noch grundsätzlicherer Beginn politischer und rechtlicher Auseinandersetzungen. Es geht z.B. bei der juristischen Klärung des Status der besetzten Betriebe auch um die Frage, ob das Recht auf Privateigentum oder das Recht auf Arbeit bzw. individuelle Rechte oder kollektive Rechte als vorrangig einzustufen sind. Weit über seine quantitative Dimension hinaus – es sind nur ein Bruchteil eines Prozents der gesamten argentinischen Erwerbsbevölkerung (von ca. 15 Millionen) davon direkt betroffen – haben die Auseinandersetzungen um das Experiment der selbstverwalteten Betriebe eine hohe symbolische Bedeutung und eine die Zukunft der Zwangsmechanismen des Marktes betreffende Dimension. Der argentinische Soziologe Héctor Palomino erklärt:

„Durch die Übernahme einiger weniger produktiver Einheiten in Selbstverwaltung blockieren die Arbeiter das bevorzugte Instrument der Unternehmer in kollektiven Verhandlungen. Sie können nicht mehr Zuflucht nehmen zu den in letzter Instanz herangezogenen Mitteln der Betriebschließung (des Investitionsstreiks oder der Aussperrung) als Pressionsinstrument gegenüber den Arbeitern. Letztere können nun gegenüber dieser Bedrohung antworten, dass jetzt die Möglichkeit der Besetzung und der Selbstverwaltung dieser in Schwierigkeiten geratenen Betriebe besteht. Daher muss man die Kraft der Bewegung besetzter Betriebe nicht ausschließlich in der Dimension ihrer reduzierten Zahl betrachten, sondern vor allen Dingen in Kategorien ihrer kulturellen, politischen und sozialen Effekte, die weit größer sind.“ (Palomino 2004: 5)

Von allen sozialen Bewegungen, die während der Krise entstanden sind oder sich in dieser Periode stark ausgeweitet haben, scheint gegenwärtig die Bewegung der besetzten Betriebe am vergleichsweise Besten dazustehen. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass bei dieser Bewegung ökonomische, soziale und politische Aspekte in einem ausgeglichenen und dauerhaften

---

gung eines Vororts von Buenos Aires, der „MTD Solano“ und der mit ihr zusammenarbeitenden Intellektuellengruppe, dem „Colectivo Situaciones“. Dieses ist in der Bundesrepublik Deutschland durch Publikationen und Rundreisen wesentlich bekannter als in Argentinien.

Verhältnis zueinander stehen. Dies ist bei den anderen Bewegungen, die in der Krise entstanden sind, nicht oder in sehr viel abgeschwächerter Weise der Fall. Die „*cartoneros*“ sind eine fast ausschließlich aufs Überleben hin orientierte Bewegung, die ökonomisch mittlerweile in feste Abhängigkeits- und Unterordnungsstrukturen eingebunden ist. Die Tauschbörsen sind an ihrer überregionalen und intransparenten Dimension letztlich gescheitert. Ihre Wiedereinführung auf lokaler Ebene ist gegenwärtig minimal und mit den früheren Ausmaßen nicht zu vergleichen. Die *asambleas barriales* oder *populares*, d.h. die Stadtteilversammlungen, die eine überwiegend politische Stoßrichtung insofern aufwiesen, als in ihnen eine weitgehende politische Partizipation und Selbstverwaltung angestrebt worden war, befindet sich heute auf einem sehr niedrigen Level, da die entsprechenden Aufgaben wieder weitgehend an das politische System übertragen wurden und die wieder funktionierenden sozialen Infrastrukturen besondere Aktivitäten überflüssig machen. Schließlich ist die einst sichtbarste und machtvollste Bewegung während der Krise, die *Piquetero*-Bewegung aus den genannten Gründen heute nur noch ein Schatten ihrer selbst. Dennoch wäre es falsch, den sozialen Bewegungen generell ein Scheitern oder Unwirksamkeit attestieren zu wollen. Abgesehen von den stattgefundenen, sicherlich mehr als nur punktuellen politischen Lernprozessen (deren Reichweite heute noch nicht abzuschätzen ist) wären ohne die Präsenz und den Druck der sozialen Bewegungen viele Maßnahmen und Postulate der Kirchner-Regierung, wie z.B. die nach Erhaltung bestimmter sozialstaatlicher Sicherungen, nach Umverteilung, die härtere Verhandlungsart gegenüber dem IWF, die Bereitschaft, den Schuldendienst nicht auf Kosten der Ausweitung der Armut im Lande zu leisten etc. – mit Sicherheit nicht existent.

## 5. Re-Formierung des konservativen und neoliberalen Lagers

Mit dem Erstarken Kirchners in Argentinien formierte sich auch die Rechte des Landes als Reaktion auf einen vermeintlichen Linksrutsch. Sie definiert sich dabei allerdings nicht zunächst als neoliberale Rechte, sondern versucht den neoliberalen Diskurs auszublenden. Ihre Opposition wirkt vor allem über das Thema Sicherheit. Der Unternehmer Carlos Blumberg, dessen Sohn entführt und ermordet wurde, steht an der Spitze der Bewegung für mehr und härtere Gesetze zur „inneren Sicherheit“. Mit dieser politischen Forderung findet er durchaus Gehör in Argentinien. Regelmäßig gerät er dabei in Konflikt mit Menschenrechtsorganisationen, die heftige Kritik an seinen Vorschlägen äußern, etwa, wenn Blumberg das Alter der Straffälligkeit herabsetzen will. Doch da sich die Opposition vermittels Blumberg weder als extrem rechte, noch als orthodox neoliberale Option decouvrieren wollte, sondern vielmehr vorgibt, an Sachfragen orientiert zu sein, ist es für Kirchner schwierig, dies politisch zu bearbeiten.

Neben Blumberg sind der Unternehmer Mauricio Macri und der ehemalige Wirtschaftsminister Ricardo López Murphy wichtige Akteure der konservativen und neoliberalen Formierung. Macri scheiterte bei den Bürgermeisterwahlen der Stadt Buenos Aires im Jahr 2004, wobei er versuchte vor allem mit den Kampfbegriffen „schlankere Verwaltung“ und „Verbesserung der Sicherheitslage“ Wähler zu binden. Mit López Murphy hingegen formiert sich auch die orthodox neoliberale Rechte wieder. Bislang ist jedoch eine Allianz der rechten Kräfte gegen Kirchner gescheitert. Allerdings wird der Versuch unternommen, eine gemeinsame Wahlliste für die Parlamentswahlen vorzubereiten. Seitens der Agrarlobby bekommt Kirchner starke Ablehnung zu spüren. Durch den sehr hohen Soja-Preis auf dem Weltmarkt boomt die Landwirtschaft in Argentinien seit 2002. Durch die Abwertung der Währung verdoppelte sich der Gewinn vieler Landwirte quasi über Nacht. Die gegenwärtige wirtschaftliche Stabilität ist zu großen Stücken dem Agrarexport geschuldet. Bislang finanziert Kirchner die Sozialpläne über eine Exportsteuer auf Agrarprodukte, die heftig von den Agrarunternehmern kritisiert wird. Aus dem Unternehmerlager erfährt Kirchner aber nicht nur Ablehnung. Einige Firmenvertreter, vor allem aus dem produzierenden Sektor, stehen hinter dem Modell Kirchner, da sich ihre Wettbewerbsbedingungen durch die Abwertung verbessert haben, und sie sehr viel stärker Investitionen tätigen können. Einige von ihnen profitieren von Staatsinvestitionen im Infrastrukturbereich.

Auch von der in Argentinien einflussreichen katholischen Kirche wird Kirchner stark kritisiert. Der Streit eskalierte, als Kirchner eine Juristin als Richterin für den Obersten Gerichtshof nominierte, die öffentlich angab Atheistin zu sein und sich für eine Legalisierung der Abtreibung stark machte. Ebenfalls kritisch wird Kirchner vor allem wegen seiner Menschenrechtspolitik vom Militär wahrgenommen. Doch die Unzufriedenheit äußert sich vor allem punktuell, offene und öffentliche Kritik wagen die Militärs nur selten. Kirchners Konfrontationskurs führte zu starken Spannungen und Konflikten mit den konservativen Teilen der argentinischen Gesellschaft. Doch ab August/September 2004 ist bei Kirchner ein leichter Kurswechsel auszumachen, in dessen Kontext er sich konservativen Sektoren der Gesellschaft gegenüber wieder Gesprächsbereit zeigte, um die Situation zu entspannen.

## 6. Aspekte der ökonomischen Konjunktur

Die „Selbstbefreiung“ des Landes von einem großen Teil des Schuldendienstes ist zweifellos ein Grund für den Wiederaufschwung der argentinischen Ökonomie. So bemerkenswert aber die hohen BIP-Wachstumsraten in den letzten beiden Jahren (2003: 8,8%; 2004: 8%) waren, sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Argentinien Ende 2004 erst das BIP-Niveau von 1997 (also vor Beginn der vierjährigen Rezession) erreicht hat. Der Aufschwung speist

sich aus mehreren Quellen: Zum einen konnte Argentinien die günstigen Preise für Soja, Weizen, Fleisch und Erdöl auf dem Weltmarkt nutzen und in den beiden letzten Jahren Handels- bzw. Leistungsbilanzüberschüsse von etwa 15 bis 7 Mrd. US-Dollar erzielen. Die Währungsreserven stellen sich Ende 2004 auf knapp 20 Mrd. US-Dollar. Zum anderen geht die Stimulierung des Binnenmarkts auf verschiedene Faktoren zurück. Die von der Regierung verfügte Erhöhung der Monatslöhne um 50 Pesos, die Stabilisierung der Tarife für öffentliche Dienstleistungen und ein bedeutendes öffentliches Investitionsprogramm haben zweifellos dazu beigetragen, die inländische Nachfrage anzukurbeln. Die Sozialprogramme der Regierung wirken in gleicher Richtung. So konnte aufgrund gering ausgelasteter Kapazitäten ein Wachstumsschub erreicht werden, auch ohne größere Investitionen vornehmen zu müssen. Die Wiedererholung der Wirtschaft beruht aber nicht so sehr auf strukturellen Veränderungen (systematische Re-Industrialisierung, gezielte Förderung kleinerer und mittlerer Betriebe, Einkommensumverteilung, Wirksamkeit öffentlicher Programme etc.), sondern eher auf zufälligen und von Argentinien aus nicht kontrollierbaren Faktoren. Die ökonomische Re-Stabilisierung bleibt also fragil und reversibel. Eine deutliche Abkehr von den neoliberalen Wirtschaftsstrukturen – z.B. bezüglich einer Rücknahme mancher Privatisierungen – ist noch nicht zu erkennen.

Manche Vorhaben, wie z.B. der Aufbau eines staatlichen Energieunternehmens sind – schon aufgrund ihrer geringen quantitativen Dimension – eher als symbolisch oder bestenfalls als halbherzig zu qualifizieren. Das öffentliche Investitionsprogramm ist mit 8 Mrd. bzw. 21 Mrd. Pesos für die ersten beiden Regierungsjahre durchaus bedeutsam, leidet aber in der Umsetzung und Implementierung u.a. am Mangel an Fachkompetenz, weswegen sich ein erheblicher zeitlicher Rückstand in der Fertigstellung der Projekte bereits jetzt abzeichnet. Ein Teil des Wiederaufbauprogramms enthält nicht nur konjunkturpolitische, sondern auch beschäftigungs- und regionalpolitische Momente. Der vorgesehene große Posten für die Rekonstruktion des Eisenbahnwesens (in der Menem-Ära der 1990er Jahre war es größtenteils privatisiert, stark verkleinert oder stillgelegt worden) hätte nicht nur stimulierende Wirkung für viele Zulieferzweige, sondern – da die Eisenbahn nur relativ beschäftigungsintensiv funktioniert – auch erhebliche Wirkungen für den Arbeitsmarkt. Die schlechte und/oder teure Anbindung weit entfernter Provinzen im Nordwesten oder Südwesten des Landes wäre durch einen Wiederaufbau verringert und würde einen Beitrag zur Minderung regionaler Unterschiede im Wohlstandsniveau (die sich im neoliberalen Kontext vergrößert hatten) leisten.

Zu den klarsten Schwachpunkten des bisherigen Wirtschaftsverlaufs zählt die hohe soziale und ökonomische Polarisierung der Gesellschaft, die im Prinzip weiter fortbesteht: die Armutsquote scheint von ca. 57% im Oktober 2002 auf Werte um 40% Ende des Jahres 2004 gesunken zu sein; auch die Arbeitslosigkeit



keit ist offenbar leicht zurückgegangen und bewegt sich um ca. 15%. Nach offiziellen Angaben gab es nach zwei Jahren des Aufschwungs noch 38% Arme und 13,2% Arbeitslose (El País vom 16.12.2004), wobei die letzte Zahl dadurch künstlich reduziert wurde, dass die etwa zwei Millionen „Sozialhilfe“-Empfänger als „erwerbstätig“ registriert werden. Das durchschnittliche Reallohnniveau liegt immer noch ca. 40% unter dem Vorkrisenniveau, die Versorgung mit sozialer Infrastruktur (z.B. Gesundheitswesen) ist außerhalb der Hauptstadt als katastrophal zu bezeichnen.

Die Vorschläge der Intellektuellengruppe von Ökonomen und Politologen, die mit dem „Plan Fénix“ eine entsprechende Vision von der Re-Industrialisierung Argentiniens vorgelegt haben, welche auch eine weit restriktivere Haltung gegenüber dem IWF einschließt, sind bislang von der Regierung kaum aufgenommen, geschweige denn umgesetzt worden (Economistas de Izquierda 2004).

## 7. Fazit

Angesichts der im gegenwärtigen Argentinien überwiegend diffusen und (potentiell) instabilen Gesamtsituation – sowohl im ökonomischen wie im politischen Bereich – sind einfache zusammenfassende Schlussfolgerungen und klare Prognosen für die nahe Zukunft zweifellos schwierig.

Sicher ist, dass Kirchner auf relativ unkonventionelle Art und Weise und daher von vielen auch nicht erwartet die Re-Stabilisierung der argentinischen Gesellschaft versucht, mit Zielvorstellungen, die der vorherigen neoliberalen Phase, aber auch weiter zurückliegenden Traditionen der argentinischen Gesellschaft entgegenstehen. Um jedoch von einer grundlegenden Wende zu sprechen, bedürfte es weiterer Fortschritte in der Institutionalisierung neoliberalismuskritischer und demokratieorientierter Maßnahmen. Entsprechende sozialstaatliche Gesetze und Re-Regulierungen, die auf Umverteilung und sozialen Ausgleich abzielen sowie die Schaffung und Garantie von Freiräumen für soziale Experimente (z.B. im Bereich selbstverwalteter Betriebe) vorsehen, wären als bescheidene Ansätze einer sich entwickelnden Gegenhegemonie zu bezeichnen. Dazu scheint die Regierung Kirchner im Augenblick politisch noch viel zu schwach zu sein, ihre sich bildende soziale Basis präsentiert sich bislang als vergleichsweise heterogen, die ökonomische Re-Stabilisierung ist als fragil und potentiell reversibel zu qualifizieren, weil sie auf teilweise äußeren oder zufälligen Faktoren und nicht auf der ansatzweise Verwirklichung eines eigenen systematischen Wiederaufbauprogramms basiert. Nur wenn sich ein anti-neoliberaler Block im politischen und sozialen Raum konsolidiert und Kirchner entsprechend stützt bzw. beeinflusst, könnte der begonnene Kurswechsel fortgesetzt werden. Die Chancen dafür sind unseres Erachtens noch nicht verspielt, wenn sich auch erhebliche Teile der „argentinischen Zivilge-

sellschaft“ von ihrer Aufbruchstimmung in der ersten Hälfte des Jahres 2002 spürbar entfernt haben.

## Literatur

- Blomeier, Hans-Hartwig (2004): Neopopulismus als Folge von Institutionenkrise und Staatsversagen am Beispiel Argentiniens, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 1, S. 44-63
- Boris, Dieter (2001): Argentinien 2001: Von der langandauernden Rezession zur Währungs- und Finanzkrise, in: *PROKLA 124*; 31. Jg., Nr. 3 (Okt.), S. 469-484
- Boris, Dieter (2002): Die argentinische Tragödie 2001/2002, *Supplement der Zeitschrift Sozialismus 12/2002*, Hamburg
- Boris, Dieter (2003): Der Kirchner-Effekt trifft den IWF, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Nr. 10, S. 2-3
- Boris, Dieter/Ingo Malcher (2001): Argentinien am Ende der neoliberalen Sackgasse, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 48*, S. 47-59
- Economistas de Izquierda (2004): Argentina. Program for a popular economic recovery, in: *Monthly Review*, Vol. 56, No. 4 (Sept.), S. 12-25
- Escudé, Carlos (1995): *El realismo de los estados débiles. La política exterior del primer gobierno Menem frente a la teoría de las relaciones internacionales*, Buenos Aires
- Godio, Julio (2003): *Argentina: Luces y sombras en el primer año de transición. Las mutaciones de la economía, la sociedad y la política durante el gobierno de Eduardo Duhalde (enero-dic. de 2002)*, Buenos Aires
- Huhn, Sebastian (2004): Argentinien. Chronologie 2003, in: Bodemer, K. u.a. (Hg.): *Lateinamerika Jahrbuch 2004*, Frankfurt/M., S. 129-141
- Levitsky, Steven/Maria Victoria Murillo (2003): Argentina weathers the storm, in: *Journal of democracy*, Vol. 14, No. 4 (Oct.), S. 152-166
- Malcher, Ingo (2003): Kontinuitäten und Brüche der neoliberalen Hegemonie in Lateinamerika, in: *Peripherie*, 23. Jg., Nr. 90/91, S. 311-327
- Malcher, Ingo (2004): *Krise, Integration, Hegemonie und Zwang. Der Mercosur: Ein peripherer Regionalblock in der neoliberalen Globalisierung. Brückenkopf des freien Marktes oder Möglichkeit zur Schaffung einer polit-ökonomischen Alternative in Lateinamerika*, Marburg, Disserationsmanuskript
- Natanson, José (2004): *El presidente inesperado. El gobierno de Kirchner según los intelectuales argentinos*, Buenos Aires
- Palomino, Héctor (2004): Un análisis de la ‘economía moral’ del movimiento autogestionario. Los movimientos sociales en Argentina, in: *Revista Herramienta*, No. 27 (Octubre)
- Petras, James (2004): Argentina: from popular rebellion to ‘normal capitalism’, <http://www.global-research.ca/articles/PET406A.html>
- Petras, James/Henry Veltmeyer (2002): Argentina: Between disintegration and revolution, in: <http://www.rebellion.org/petras/english/argentina200602.htm> (Juni 2002)
- Rock, David (2002): Racking Argentina, in: *New Left Review*, (Sept.-Oct.), S. 55-86
- Schirm, Stefan A. (1994): *Macht und Wandel: Die Beziehungen der USA zu Mexiko und Brasilien. Außenpolitik, Wirtschaft, Sicherheit*, Opladen
- Schmalz, Stefan (2004): Neue politische Allianzen auf der Südhalbkugel. Von der neoliberalen Konterrevolution zum Wiedererwachen der Peripherie, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, 15. Jg., Nr. 59 (Sept.), S. 17-34
- Secretaría de Finanzas, Ministerio de Economía y Producción de la República Argentina (2003): *Lineamientos de la Reestructuración de la Deuda Soberana*, Buenos Aires
- Weischnik, Jan (2004): Institutionelle Konsolidierung im Mercosur: Neuer Präsident, neues Gericht, neues Sekretariat, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 1, S. 82-96